95A22

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeier, Emma Söncksen, Rasmus Wendt (Stellv. LSS, SV-BBZ Rendsburg-Eckernförde, Stellv. LSS)

Titel: **Echte Beteiligung, statt Abfrühstückung**

Antragstext

Das LSP möge beschließen

Die Landesregierung und das für Bildung zuständige Ministerium werden aufgefordert darauf hinzuarbeiten, dass das Landesschülerparlament als offizielles beratendes Gremium anerkannt wird und bei schulpolitischen Vorhaben des Landes verbindlich angehört wird. Stellungnahmen des Landesschülerparlaments, vertreten durch den Landesvorstand, sollen vom zuständigen Ministerium öffentlich beantwortet werden.

Begründung

Schüler*innen sind unmittelbar von bildungspolitischen Entscheidungen betroffen und müssen daher systematisch beteiligt werden. Eine institutionalisierte Einbindung des Landesschülerparlaments stärkt demokratische Prozesse, erhöht die Akzeptanz politischer Entscheidungen und verbessert deren Praxisnähe.